



Auf harten Fels gestoßen: Die ersten beiden Bauabschnitte in Odersbach sind schneller als erwartet abgeschlossen, nun geht es etwas zäher voran. Foto: Mika Beuster

Harter Fels bremst Bauarbeiten

In Odersbach sind bislang 800 Meter Graben entstanden und Kilometer an Kabeln verlegt worden

Von Mika Beuster

WEILBURG-ODERSBACH. Die Großbaustelle im Weilburger Stadtteil Odersbach schreitet voran. Allerdings bremst derzeit die Bodenbeschaffenheit die Bauarbeiten etwas aus, wie Polier Mathias Steinführer von der ausführenden Baufirma Schütz sowie der Technische Leiter Netze der Weilburger Stadtwerke, Julian Schwarzer, bei einem Ortstermin sagten. „Wir sind auf Fels gestoßen in den Bodenklassen sechs bis sieben“, erklärte Schwarzer. Mit diesen Bodenklassen wird die Beschaffenheit beschrieben, sieben ist dabei der höchste Grad von schwer lösbarem Fels mit hoher Festigkeit. „Das bedeutet, das Fräsen dauert länger“, wie Schwarzer weiter sagte.

Beim ersten Bauabschnitt dafür sei man schneller durchgekommen als geplant. 800 Meter Graben seien bislang fertiggestellt worden. „Rund vier Wochen werden wir brauchen, bis wir in der Ortsmitte ankommen“, erläuterte Polier Steinführer, „abhängig vom weiteren Felsverlauf“. Bislang seien 660 Meter Niederspannungskabel verlegt worden, 1150 Meter Mittelspannungskabel sowie 190 Meter Anschlusskabel, berichtete Schwarzer weiter. 20 Anschlüsse seien zudem hergestellt worden. „Die ersten beiden Bauabschnitte sind relativ geräuschlos abgelaufen“, sagte Schwarzer weiter. Man werde nun beim weiteren Verlauf der Arbeiten trotz der nötigen Sperrungen auch Rücksicht

auf den Campingplatz nehmen, sodass die Besucher dort weiter Zugang haben. Mit den Anwohnern gebe es regelmäßige Gespräche hieß es beim Termin – es gelte, Fragen möglichst vor Ort zu klären. Sechs Mitarbeiter der Firma Schütz und sechs Mitarbeiter der Stadtwerke seien regelmäßig in Odersbach im Einsatz.

Auch im Weilburger Stadtparlament war der Weilburger Stadtteil ein Thema. Die SPD-Fraktion hatte eine Anfrage zur Engstelle in der Weilburger Straße gestellt. Die Genossen wollten von der Verwaltung wissen, ob die Polizei bei einem Ortstermin das Aufstellen einer Ampelanlage

empfohlen habe. Die Frage lautet weiter, ob die Polizei dabei „eine erhebliche Gefahr

„*Die Errichtung einer Ampelanlage wurde seitens der Polizei in Erwägung gezogen, da alle anderen Alternativen mittlerweile ausgeschöpft wurden.*

Johannes Hanisch, Bürgermeister

dung darin erkennt, dass der von oben kommende Verkehr

in der unübersichtlichen Stelle durch eine provisorische Fahrbahnverengung in den von unten kommenden Gegenverkehr gelenkt wird“.

Bürgermeister Johannes Hanisch (CDU) antwortete, dass dies nicht der Fall sei. „Die Errichtung einer Ampelanlage wurde seitens der Polizei in Erwägung gezogen, da alle anderen Alternativen mittlerweile ausgeschöpft wurden“, heißt es in Hanischs Antwort. Zuständig sei dafür der Landkreis Limburg-Weilburg als Träger der Kreisstraße 490, also der Weilburger Straße. Die Installation einer mobilen Ampel sei indes nicht vorgesehen. Da in Odersbach gerade um-

fangreiche Straßenbauarbeiten stattfinden, könnten Leerrohre auch in diesem Bereich verlegt werden, regt die SPD an, sodass eine spätere Installation einer Ampel einfacher sei. Der Bürgermeister antwortete darauf, dass mit den Stadtwerken abgesprochen sei, dass eine solche Verlegung nicht notwendig sei. Die Leitungen könnten „problemlos während der Tiefbauarbeiten verlegt werden, sofern tatsächlich eine Ampel installiert würde.“

Verkehrszählung an der Engstelle

Der Ortsbeirat sei im engen Austausch mit der Stadtverwaltung, es seien bereits Verkehrszählungen durchgeführt worden, allerdings hätten diese ergeben, so Hanisch, dass aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens aus Sicht des Landkreises die Errichtung einer Ampelanlage nicht gerechtfertigt sei.

Es sei aber nicht sinnvoll, wie eine weitere Anfrage wissen wollte, dass der bergauf-fahrende Verkehr Vorfahrt erhalten solle. Vielmehr sei es durch die Verschwenkung notwendig, dass von unten kommende Fahrzeuge Vorfahrt zu gewähren haben, heißt es vom Bürgermeister.

Sie SPD wollte wissen, wer im Falle einer Gefährdung von Fußgängern verantwortlich sei – wobei der Bürgermeister antwortete, dass im Straßenverkehr grundsätzlich gegenseitige Rücksichtnahme gelte. Zuständig sei der Kreis als Straßenbaulasträger.



Soll an dieser Engstelle in der Weilburger Straße eine Ampel aufgestellt werden? Das will die SPD von der Verwaltung wissen. Foto: Mika Beuster